



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 61

Blankenfelde, August 2011

CDU-Vorsitzende Dr. Saskia Ludwig will Dialog und Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen

Auf einer öffentlichen Anhörung der Landes-CDU am 22.08.2011 im Seebad-Casino in Rangsdorf haben die Vertreter der Brandenburger Flughafen BIs, Dr. Schubert (Kleinmachnow), Brenneis (Teltow-Stahnsdorf), Kreilinger (Havelseen/Potsdam), Dr. Borkenhagen (Südost), Prof. Augustin (Experte für Lärmakustik), Astrid Bothe und Ferdi Breidbach (Kernbereich Betroffene/BVBB) der CDU ihre Sorgen und Positionen zum BBI/BER vorgetragen. Mit über 400 Teilnehmern im Publikum war die Halle im Seebad-Casino „ausverkauft“.

Es ging um Flugrouten, Fluglärm, Größe und Funktion des Flughafens, Nachtflug, Lärmschutz und um eine mögliche/notwendige Aufgabe des Standortes Schönefeld. Die BI-Vertreter haben Klartext gesprochen und klar gemacht, dass und was sie von der Politik erwarten. Sie wurden unterstützt von Diskussionsbeiträgen aus den Reihen von Teilnehmern, die die Argumente der BI-Vertreter noch verstärkten. Im Ergebnis musste die CDU registrieren, dass es keinen Glauben mehr an Flugrouten gibt, die den Fluglärm beseitigen und dass ganz hart für die Nachtruhe gekämpft wird sowie dass die durch Überflüge angerichteten Schäden für Erholungs- und FFH-Gebiete (Rangsdorfer See, Müggelsee) verurteilt werden. Alle BI-Vertreter erklärten ihren Respekt vor dem Mut der CDU-Vorsitzenden, der sich deutlich von der Feigheit und Drückebergerei unterscheidet, die Wowereit und Platzeck auszeichnen. Dass nun erstmals nach 15 und mehr Jahren die Bereitschaft einer Parteiführung bestand, mit den Betroffenen öffentlich zu reden, wurde von vielen Teilnehmern als sensationell gewertet. Dabei mussten sich Frau Dr. Ludwig und die anwesenden Landtagsabgeordneten keine Freundlichkeiten anhören. Schließlich hat sich, was sie auch zugab, auch die CDU in der Flughafenfrage nicht mit „Ruhm bekleckert“. Überaus deutlich wurde in Reden und Diskussionsbeiträgen, dass kein BI-Sprecher oder Diskussionsredner mehr daran glaubt, dass der Standort Schönefeld wegen seiner kommenden Belastungen eine Zukunft hat. Den stärksten Beifall gab es darum auch immer, wenn der Standort BBI-Schönefeld infrage gestellt oder seine Aufgabe gefordert wurde. Die Zukunft des Großflughafens liegt in Sperenberg, erklärte der BVBB Ehrenvorsitzende Ferdi Breidbach unter Beifall der Teilnehmer. Schönefeld kann und soll sinnvoll nachgenutzt werden, so wie es der BVBB in seinem Konzept „Zentralflughafen für Deutschland (in Sperenberg) und Nachnutzung BBI-Schönefeld“ vorschlägt. Der Leiter der Anhörung, der verkehrspolitische Sprecher der CDU Fraktion, Rainer Genilke, MdL, bedankte sich für aufklärende und klare Worte.

Die Vorsitzende der CDU und der Landtagsfraktion, Dr. Saskia Ludwig bekannte offen, dass sie nach diesem Dialogauftakt mit den BIs keine Versprechungen in der Sache machen will und kann. „Ich reihe mich nicht ein in die Prozession derjenigen, die den Betroffenen schon alles Mögliche versprochen haben.“ ließ sie verlauten. Sie habe aber viel gelernt und festgestellt, dass es beachtliche Informationslücken auch in ihrer Fraktion gäbe. Sie ließ in ihrem Schlusswort auch durchblicken, dass die Beschlusslage der CDU nicht in allen Fragen identisch ist mit den Forderungen, die sie auch heute gehört habe. „Aber ich sage zu, das war und ist nicht das letzte Treffen zur BBI/BER-Problematik zwischen Bürgerinitiativen und der CDU. Wir werden in Kürze, auch nach Auswertung dieser Anhörung, einen Vorschlag machen, wie wir in Zukunft miteinander umgehen, uns die Meinung sagen und den Versuch wagen, gemeinsame Lösungen zu finden. Dabei weiß ich natürlich, dass eine Oppositionspartei in ihren Gestaltungsmöglichkeiten begrenzt ist. Aber eine Oppositionspartei, die nicht zuhört, nicht bereit ist konstruktiv an Zukunftslösungen zu arbeiten, wird nie auch gestaltende Regierung.“

Jetzt ist es an der CDU zu zeigen, kommentierte die BVBB-Vorsitzende Astrid Bothe, dass Politiker aus Fehlern lernen und aufhören daran zu glauben, dass die Politik alleine weiß, was für die Menschen richtig ist. Der BBI in Schönefeld ist es jedenfalls nicht!

**SO MIT UNS
NICHT**

Wichtige Themen zur Information der Fluglärmopfer

Informationen, die Ihnen in dieser Klarheit und Wahrheit sonst nirgendwo vermittelt werden. Informationen, die deutlich machen, dass es jenseits der unerträglichen Propaganda vom „schönen neuen BBI, jetzt umgetauft in BER, eine wirkliche Welt gibt. Zu dieser wirklichen Welt gehören die Opfer der nicht vertretbaren Fehlentscheidung, am Standort „Schönefeld“ einen Großflughafen zu bauen, der in seinen Dimensionen dereinst dem Flughafen Frankfurt/Main (FRAPORT) gleichgesetzt werden soll. Alle Proteste gegen diese Großmannsucht schmettern Wowereit (SPD) und sein schweigender Nickgenosse Platzeck (SPD) gnadenlos ab: Eure Proteste interessieren uns nur im Wahlkampf. Es bleibt aber dabei, so tönt Wowereit unverdrossen: Der BBI wird ein Großflughafen mit Drehkreuzfunktion, es wird nachts geflogen. Nur das Bundesverwaltungsgericht kann unsere Nachtflugforderungen bremsen, jeder der in Berlin mit mir regieren will muss wissen, es geht nur zu meinen Flughafengebungen.

Im Klartext, dass Kinder und Erwachsene durch Fluglärm krank werden, stört mich nicht! Dass den vom Fluglärm betroffenen 200.000 Menschen die Nachtruhe geraubt wird, stört mich nicht! Dass das private Eigentum an Haus und Grund entwertet wird, weil normale Menschen nicht unter Fluglärm leben wollen, stört mich nicht! Dass schönste Erholungs- und FFH-Gebiete, wie am Müggelsee, an den Gosener Wiesen, am Rangsdorfer See, am Glasowbach oder im Genshagener Forst verlärm und verschmutzt werden wie Gewerbeflächen mit lautstarker Industrie, stört mich nicht.

Das stört nur Wowereit oder Platzeck nicht? Dies zu behaupten wäre die halbe Wahrheit. Alle Parteien in Berlin und Brandenburg haben Platzeck und Wowereit bei ihrem Frevel, bei ihrem „stört mich nicht“, durch Zustimmung und Abnicken fleißig geholfen. Wenn jetzt die parteipolitischen Bodentruppen (Bürgermeister, Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordnete, Landräte) über Flugrouten, Nachtflug und Drehkreuze jammern, dann sind sie unglaublich. Für sie gilt: wer mit Platzeck oder Wowereit gefangen ist, darf sich heute nicht wundern, wenn er politisch gehangen wird.

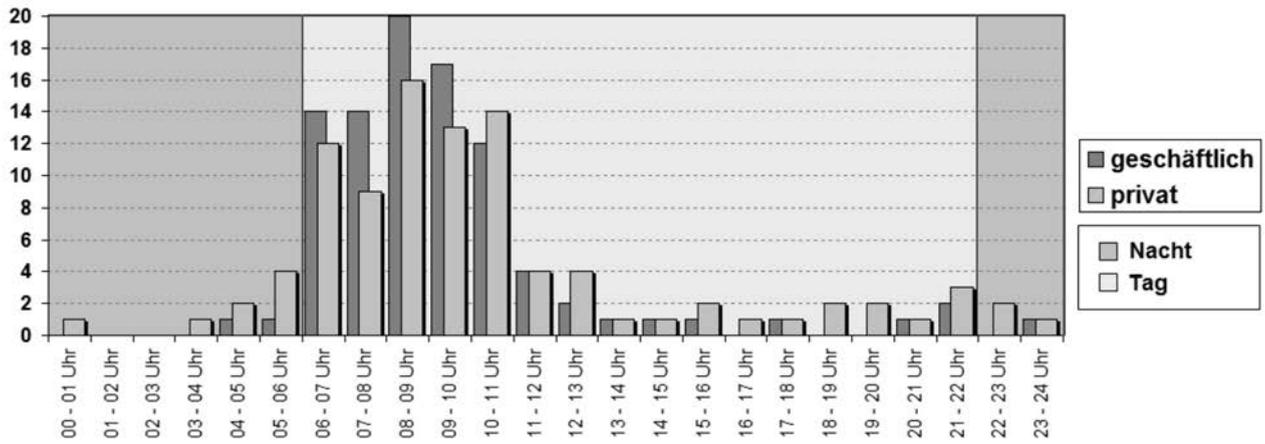
BVBB - tns emnid - Meinungsbefragung beweist: Niemand will nachts fliegen! Alle Bürger haben vollstes Verständnis für den Protest gegen den Nachtflug!

Seit Jahren behauptet die Flugbetriebswirtschaft, fleißig assistiert von Politikern und begleitet durch Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes: es muss nachts geflogen werden (zumindest bis 24:00 Uhr und ab 5:00 Uhr), weil es für Nachtflüge, seien es Passagierflüge oder Frachtflüge, einen unabdingbaren Bedarf gäbe. Der Bedarf für Nachtflüge sei so hochgradig, dass Nachtflüge ein „MUSS“ für die Daseinsvorsorge von Bevölkerung und Wirtschaft sei. Wer liest, was hierzu in Urteilen steht, systematisch von Medien aufgrund von PR- Kampagnen der Flugbetriebswirtschaft verbreitet wird, der soll zu dem Schluss kommen: Nachtflugrechte sind Hoheitsrechte, die über dem Recht auf Nachtruhe und den verfassungsrechtlich postulierten Schutzrechten auf körperliche Unversehrtheit stehen.

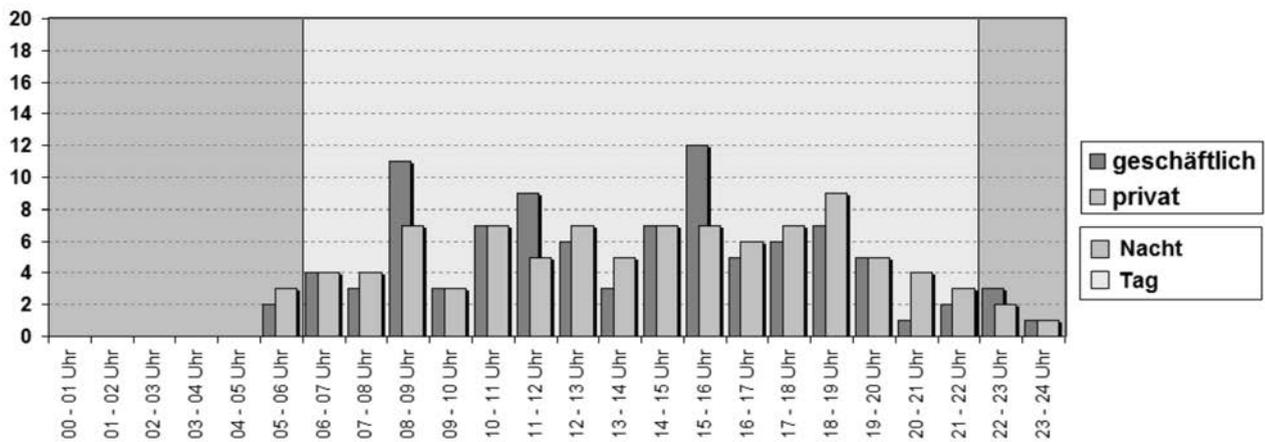
Um mit dieser unseligen Propaganda Schluss zu machen, den vielen Lügengeschichten über die wirtschaftliche Notwendigkeit einen Riegel vorzuschieben, hat der BVBB beim renommierten Meinungsbefragungsinstitut „tns-emnid“ eine Meinungsbefragung zum Nachtflug in Auftrag gegeben. Wir wollten wissen, wie groß der Bedarf an Nachtflügen wirklich ist, was die Menschen über Nachtflugproteste denken und ob sie in Einflugschneisen von Flughäfen unter Fluglärm, selber leben wollen. Die Ergebnisse der am 18. August 2011 abgeschlossenen repräsentativen Befragung der Bundesbürger sind für Nachtflugpropagandisten niederschmetternd. Aus einer Vielzahl von über 30 erfragten Detailergebnissen (Alter, Beruf, Bildung, Einkommen, Wohnsitz, Zahl der jährlichen Flüge) haben wir die Zahlen in die folgenden Grafiken umgesetzt.

Das Ergebnis der Meinung der Bundesbürger nehmen wir vorweg: Es gibt aus der Sicht des wichtigsten Teilnehmers am Markt der Flugbetriebswirtschaft, des Kunden/Passagiers, keinen Bedarf nachts zu fliegen. Offensichtlich stimmt darum, was der BVBB immer gesagt hat: es gibt bei Fluggesellschaften zu viele Flugzeuge, die unwirtschaftlich sind, wenn sie in der Nacht auf dem Flugplatz stehen. Darum sollen sie nachts fliegen. Natürlich nicht leer, weil sie dann noch unwirtschaftlicher sind, sondern gefüllt mit Menschen, die über Flugpläne gezwungen werden, nachts zu fliegen, obwohl sie dies nicht wollen. Darum sind in Wahrheit Nachtflüge Wirtschaftsförderung zulasten der Nachtruhe von zwangsrekrutierten Passagieren und von Menschen, denen durch Fluglärm die Nachtruhe geraubt wird.

Kein Nachtflugbedarf - Gewünschte Abflugzeiten zwischen 06 Uhr und 11 Uhr

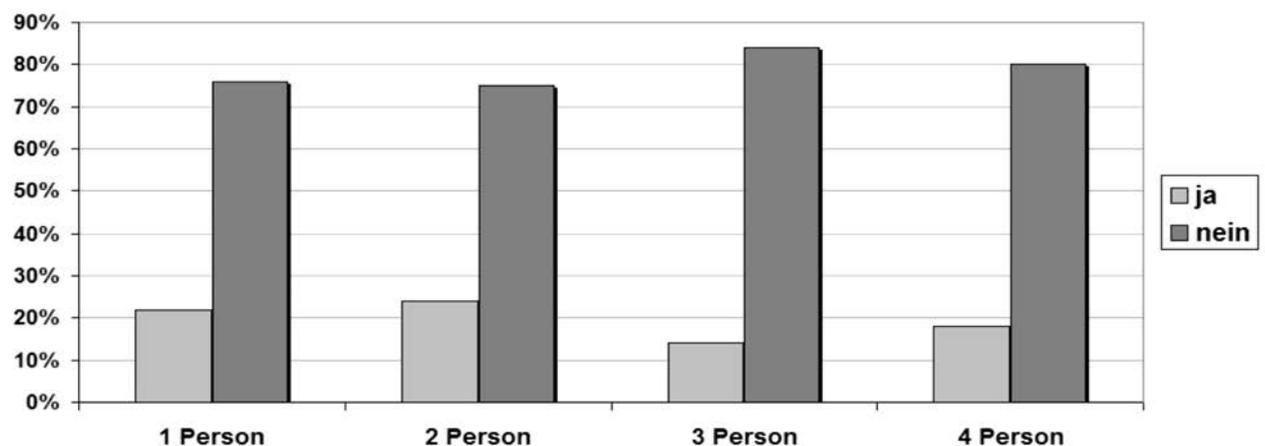


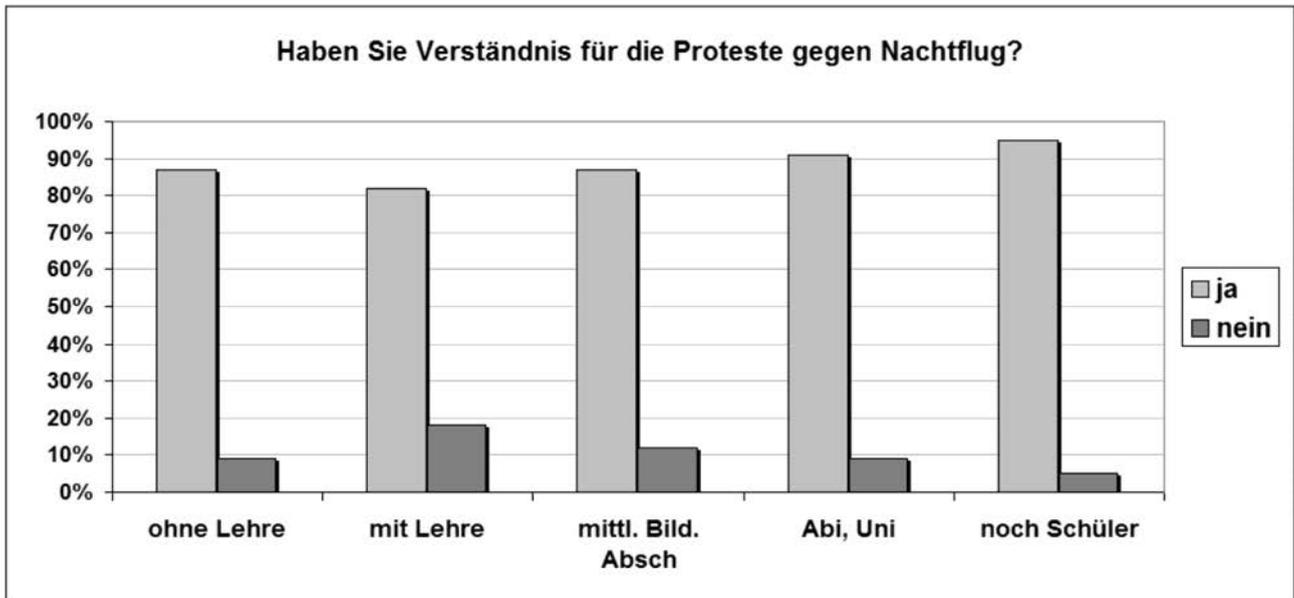
Kein Nachtflugbedarf - Gewünschte Ankunft über den Tag verteilt



Beide Grafiken belegen eindrucksvoll, dass es keinen Bedarf gibt, nachts zu fliegen.

Würden Sie in einer Flughafenregion wohnen wollen?





Freuen dürfen sich die Betroffenen über die verbale Solidarität der Bundesbürger mit den Fluglärmopfern. Politiker, die alles tun, um den Fluglärm zu fördern, sollten nachdenklich sein angesichts dieser Werte. Wenn diese Solidarität mit den Betroffenen in Wählerstimmen umschlägt, dann sind diese Politiker weg vom Fenster.

Im September 2011 verhandelt das Bundesverwaltungsgericht über die Klagen gegen die BBI/BER-Nachtflugregelungen

Am 20. September beginnt die mündliche Verhandlung zu den Klagen von BVBBKlägern und Gemeinden gegen den unverschämten, noch rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss „Nachtflug BBI“. In diesem Beschluss, verantwortet von Platzeck (SPD) bei triumphaler Zustimmung von Wowereit (SPD), sollen die Nachtzeiten zwischen 22:00 und 24:00 Uhr und 5:00 und 6:00 Uhr Hauptflugzeiten am BBI werden. Bis zu 113 Flugzeuge sollen in diesen Zeiten starten und landen dürfen. Damit haben Wowereit und Platzeck klargestellt: 5 Stunden Nachruhe sind genug. Wer mehr gesunden Schlaf benötigt, hat Pech gehabt. Er muss sich opfern für den wirtschaftlichen Erfolg des BBI. In dieser Zeit muss geflogen werden, weil es den Bedarf gibt, besser die Bedarfsanmeldung der Fluggesellschaften. Gegen diesen menschenverachtenden Zynismus wird nun vor dem Gericht aufgrund der Klagen verhandelt. In Schriftsätzen zur Klage und durch Gutachten haben die BVBB Anwälte (Kanzlei Grawert, Schöning & Partner, Berlin) nachgewiesen, dass diese Bedarfsanmeldungen ein willkürlicher Versuch sind, das Recht auf 17 Stunden uneingeschränkter Flugverkehr durchzusetzen.

Diesen Bedarf gibt es aber nicht, wie auch die tns emnid-Meinungsbefragung beweist, die der BVBB in Auftrag gegeben hat. In der Vergangenheit, ganz im Sinne von Flughafenbetreiber und Fluggesellschaften, hat das Bundesverwaltungsgericht bei Nachtflugentscheidungen den Bedarfsforderungen weitestgehend nachgegeben und Nachtflugregelungen als Recht anerkannt, die den 17-Stunden-Flug möglich machen. Mit einer unverständlichen Eigenwilligkeit kam das Gericht zu der Erkenntnis, wenn Flugzeuge nachts fliegen wollen, dann ist das Bedarf. Nur, ob diese Auslegung von „Bedarf“ ordnungspolitisch mit dem System der sozialen Marktwirtschaft in Einklang steht, das interessierte das Gericht nicht. Jetzt, mit den Ergebnissen der „BVBB-tns emnid“ Meinungsbefragung ist klar, dass weit über 90% der Marktteilnehmer, Konsumenten/potentieller Passagiere, weder nachts abfliegen noch ankommen wollen. Sie und Menschen, denen durch Nachtflüge auch Nachtruhe geraubt werden soll, werden gezwungen, auf Nachtruhe zu verzichten, weil Flugzeuge aus wirtschaftlichen Gründen fliegen sollen. Mit Marktwirtschaft hat diese Praxis nichts zu tun, weil es einen freiwilligen Nachfrager nach Nachtflugleistungen nicht gibt.

Ob das Bundesverwaltungsgericht es wahrhaben will oder nicht, mit seinen bisherigen Nachtflugentscheidungen hat es in Wahrheit Wirtschaftsförderung zulasten der Nachtruhe betrieben. Jetzt, nachdem durch die Meinungsbefragung bewiesen ist, dass es keinen Nachtflugbedarf nach den grundlegenden Maximen der sozialen Marktwirtschaft gibt, muss man gespannt darauf sein, ob es eine Entscheidung fällt, die eine Fortsetzung der Wirtschaftsförderung zulasten des Rechtes auf Nachtruhe ist. Vorsorglich kündigt der BVBB schon an: Je nach Ausgang wird diese Entscheidung vor dem „Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“ landen“. Ob alle Proteste, der Versuch eine Volksabstimmung in Berlin und Brandenburg gegen den Nachtflug erfolgreich sein werden, kann man hoffen. Allerdings braucht man nicht zu hoffen, dass Wowereit, Platzeck oder die Linke und ihr parteipolitisches Bodenpersonal ein Einsehen haben und von sich aus Entscheidungen treffen, die die Nachtruhe sichern.

**SO MIT UNS
NICHT**

CDU ließ sich von BIs was sagen

Wer wie der BVBB seit 1998 erleben musste, wie kaltschnäuzig und arrogant die Parteien Gesprächsbitten oder Einladungen zu BVBB-Veranstaltungen ablehnten, der musste zunächst ungläubig in die Welt sehen, als er im Juni 2011 von der brandenburgischen CDU Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Saskia Ludwig zu einem Informationsgespräch über die Forderungen des BVBB zum BBI/BER gebeten wurde. Die BVBB Vorsitzende Astrid Bothe erklärte im BVBB Vorstand: „Ich habe nach der Anfrage die Luft angehalten. Frau Dr. Ludwig müsste doch eigentlich klar sein, was sie erwartet!“. Nach gründlicher Diskussion im Vorstand wurde dann einmütig beschlossen, den Beirat zu informieren und das Gesprächsangebot vorurteilslos anzunehmen. Was sich dann herausstellte, war noch atemberaubender. Ausgerechnet die CDU, die sich in der Flughafenfrage auch nicht mit Ruhm bekleckert hat, wollte dann auch mit allen Brandenburger Bis sprechen und tat dies auch. Alle BI-Vertreter, sicher auch ebenso überrascht wie der BVBB, begrüßten im Gespräch mit der Vorsitzenden, dass die CDU die Sorgen der BIs und der Betroffenen offensichtlich ernst nehmen will. Übereinstimmend stellten die BI-Vertreter auch fest, dass es in der CDU große Informationslücken über alle Fragen gibt, die in Zusammenhang mit dem BBI/BER öffentlich diskutiert werden. Frau Dr. Saskia Ludwig beschönigte diese Feststellungen nicht und gab zu, dass die CDU Fraktion auch nur das über die Gegenstände der öffentlichen BBI/BER-Diskussion weiß, was die Landesregierung vermittelt. Das sei, wie sie gelernt habe, oft weniger als das, was BI-Vertreter wüssten. Sie wolle aber, wie ihre Fraktion auch, mehr wissen. Sie wolle etwas über die Geschichten hinter den Flughafengeschichten erfahren. Hier habe sie auch das BVBB-Konzept zur Nachnutzung von Schönefeld und einem Nachfolgef Flughafen in Sperenberg neugierig gemacht. Dazu kommen Informationen über BI-Kontakte über neue Betroffenheiten, die sie und die Landtagsfraktion sensibilisiert hätten. Sie wolle nun in einer öffentlichen Anhörung von den Brandenburger BIs erfahren, welche Lösungen sie zu allen Fragen haben, die Betroffenheiten durch den BBI/BER auslösen. Da sollen sich die BIs verständigen und in der Anhörung zu den Problemen Flugrouten, Nachtflug, Drehkreuz, Fluglärmfolgen, Zerstörung von Erholungsgebieten und zum Standort Stellung beziehen. Es wurde zwischen Frau Dr. Ludwig und den BI-Vertretern verabredet, diese Anhörung am 22. August durchzuführen. Astrid Bothe: „Wir versprechen uns von der Initiative von Frau Dr. Ludwig keine Wunder. Immerhin werte ich dies als ehrlichen Versuch, auch die BIs zu respektieren und die geübte Distanz zwischen Bürgerinitiativen und Parteiführungen zu einem Dialogverhalten zu entwickeln. Vielleicht gelingt es den BIs, so auch einen Beitrag zur Meinungs- und Entscheidungsfindung der CDU zu leisten. Das wäre dann auch eine wunderbare Lehre aus allem, was bisher nicht gelaufen ist und aus den Fehlern, die hier und in „Stuttgart 21“ durch die Parteien gemacht wurden.“

Flugroutendiskussion - es geht um den Standort - um die Wahrheit

Monatelang, seit den ersten Flugroutenvorschlägen der Deutschen Flugsicherung (DFS) im September 2010, gab es kein Halten mehr. Berufene und Unberufene, Wichtigtuer, St. Floriansjünger, Bürgermeister, Gemeindevertreter, Platzeck (SPD) und Wowereit (SPD), Abgeordnete aller Parteien beflügelten die Betroffenen mit immer neuen Hoffnungen und Glücksversprechungen. Wir sorgen dafür, wir kämpfen dafür, es wird und darf keine Flugrouten über unserer Region, unsere Gemeinde geben. Wir werden es der Fluglärmkommission (FLK) und der DFS schon zeigen, dass ohne unseren Willen auch der Bundesverkehrsminister keine Flugrouten genehmigen kann die uns nicht passen. Jetzt haben Betroffene, viele BIs die politisch hinters Licht geführt wurden, erkannt, dass sie Scharlatanen mit parteipolitischen Interessen auf den Leim gegangen sind. Von Erkner bis Ludwigsfelde hat sich herumgesprochen, dass es für keine Gemeinde Flugrouten gibt, die sie vom Fluglärm verschont. Alle Hoffnungen und Versuche, den Lärm durch „Einsatz“ von Bundes- und Landespolitikern abzuwenden, sind offensichtlich gescheitert.

BIs und Bürger wissen nun, dass nicht Flugrouten oder die DFS für den Fluglärm verantwortlich sind, sondern die Lärmkorridore, die bei An- und Abflügen von den Start- und Landebahnen den Flugbetrieb bestimmen. Es geht dabei um einen gewaltigen Fluglärmteppich mit einer Längenausbreitung von ca. 60 km und einer Breite von ca. 25 km. Innerhalb dieses Lärmteppichs werden alle Gemeinden zwischen Schöneiche und Ludwigsfelde, dem Berliner Bezirk Lichtenrade und Rangsdorf, je nach Zahl der Überflüge, immer mit wenigstens 55 dB(A) bis über 80dB(AS) belastet. Die Randgemeinden dieses Teppichs, dazu gehören Wernsdorf, Potsdam, die Havelseen, Kleinmachnow, Stahnsdorf und auch Teltow, haben ebenfalls keine Chance, ohne Fluglärm davonzukommen. Dass Wildau oder Königswusterhausen (KW) erst jetzt entdeckt haben, dass sie auch nicht im Tal der Fluglärmfreien leben sollen, kann nur Staunen hervorrufen. Nun haben aber alle, die sich seit September 2010, dem Beginn der Diskussion über Flugrouten, gelernt, dass sie über 15 Jahre politisch betrogen wurden. Diepgen (CDU), Wowereit (SPD), Stolpe (SPD) oder Platzeck (SPD) und ihre Helfershelfer haben während der ganzen Zeit alles getan, um die Wahrheit im Dunklen zu lassen. Der BVBB hat während dieser Zeit alles versucht, um der Wahrheit eine Schneise zu schlagen. Alle Fakten, die der BVBB in Anhörungen, Klagen vor Gerichten, in seinen Informationen, auf Protestveranstaltungen, vorgetragen hat, wurden einfach ignoriert, überhört und in eine

**SO MIT UNS
NICHT**

Schweigespirale gesteckt. Nun sind diese Vertuschungs- und Betrugsversuche gescheitert. Gescheitert sind auch die Versuche der parteipolitischen Bodentruppen, die Bürgerbewegungen zu kapern, zu kanalisieren und mit Ablenkungskampagnen von der Ursache des Fluglärms abzulenken. Die Betroffenen und die BIs haben erkannt: wer den Fluglärm nicht will, dem ist mit Flugrouten nicht geholfen. Es gibt nur eine Lösung gegen den Fluglärm: BBI/BER Schönefeld muss als Großflughafen geschlossen, nachgenutzt und in Sperenberg neu gebaut werden. (Siehe: „BBI-Nachnutzungskonzept - Zentralflughafen für Deutschland“ unter www.bvbb-ev.de)

Die Bürgermeister im Abseits

Es kam, wie es kommen musste. Durch eigene Schuld, Starrsinn, Besserwisserei und Parteigläubigkeit haben sich die Bürgermeister, insbesondere die der sich so nennenden Schutzgemeinschaft (Großbeeren, Blankenfelde Mahlow, Schulzendorf, Eichwalde, Zeuthen), ins Abseits manövriert. Getreu den Vorgaben der Parteiführungen, insbesondere der SPD, wurden alle Aktionen gefördert, die an der Ursache von Fluglärm, Flughafenentwicklung und den tatsächlichen Folgen für Bürger und Gemeinden vorbezielten. Sie waren es, die eine Flugroutendiskussion angezettelt haben, die den Egoismus der Bürger, das St. Floriansprinzip zum Gegenstand des Kampfes „Jeder gegen Jeden“ machte. Exemplarisch für diese Politik von Ablenkung, Verdummung und Aktionismus ist hier der Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, Baier (SPD) vorzustellen. Er war es, der sofort die notwendige Solidarität der Gemeinden mit dem BVBB durch eine selbstherrliche Flugroutenmalerei eröffnete. Da sollte ihm ein Gutachten helfen, seine Politik auf eine höhere Ebene zu transportieren. Das Gutachten (Dr. Fuld / www.fuld.de) - bezahlt mit Steuergeldern - war sofort ersichtlich ein Schuss in den Ofen der Gemeinde. Zum einen wurde es durch die „Deutsche Flugsicherung“ (DFS) in den Papierkorb geworfen. Dazu kam dann, dass eine vorgesehene Südabkurvung weismachen wollte, dass es eine Schonung für die Gemeinde gibt. In Folge dieser Irreführung der eigenen Bürger forderte Baier dann die Blankenfelder und Mahlower auf, sich an Protestveranstaltungen gegen den Fluglärm zu beteiligen. Die Vertreter von CDU, SPD, Linke und Grüne in der Gemeindevertretung sahen zustimmend, wie Baier Plakate mit Protestaufrufen gegen Fluglärm und Nachtflug kleben ließ. Gleichzeitig organisierte Baier in der Gemeindevertretung eine Mehrheit der Parteienvertreter gegen die Forderung der „BVBB WG“ und der Vertreter der Bürgerinitiativen, den Standort Schönefeld sinnvoll nachzunutzen und in Sperenberg einen neuen Flughafen zu bauen. Baier und seine „Nationale Front“ aus Vertretern aller Parteien wollen, dass sich die Bürger mit dem Fluglärm abfinden. Ganz im Sinne der Vorgaben seines Genossen Platzeck (SPD) nimmt er darum in Kauf, dass seine Gemeindeglieder krank werden sollen.

Jetzt wird ein neues Projekt zur Bürgerverdummung in Angriff genommen. Wissenschaftler und Wichtigtuer entwickeln für ein Millionenhonorar ein Konzept zur Erleichterung eines Lebens unter Fluglärm. Was an Zielsetzung und Maßnahmen bekannt ist, ist eine Mischung aus Selbstverständlichkeiten einer guten Kommunalpolitik und wissenschaftlichen Wolkenschiebereien. Natürlich, das Projekt ist ein Musterprojekt, übertragbar auch auf andere Gemeinden, so wird behauptet. Nicht behaupten können die Erfinder, wie Baier, dass wegen des Projektes auch nur ein Flugzeug weniger fliegt und der Fluglärm beseitigt wird. Darauf kommt es wohl auch nicht an. Der Fluglärm soll verschönert werden, soll man da „wunderbar“ rufen? Für eine Kampagne gegen den Standort wäre das Geld richtig angelegt, für den Volksbetrug ist es verbrannt worden.

Den Bürgermeistern, die glauben machen wollten, dass nur die „richtigen Flugrouten“ her müssen, um ihre Bürger vor Fluglärm zu bewahren, ist die Mehrheit des Volkes abhanden gekommen. Das Volk, die organisierten Bürgerinitiativen, haben erkannt: Der Fluglärm kommt von Schönefeld, Schönefeld muss darum weg, lieber heute als morgen.

Herzlichen Dank allen Spendern!

In dieser Info konnten Sie erste Ergebnisse der Emnid-Meinungsumfrage zum Nachtflug lesen. Wir haben diese Umfrage in Auftrag gegeben, weil wir uns von den Ergebnissen Rückenwind für unsere Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoffen. Ein realer Bedarf für Nachtflüge kann nach diesen Umfrageergebnissen ausgeschlossen werden.

Die Umfrage bedeutet allerdings auch eine zusätzliche finanzielle Belastung für den BVBB. Wir hatten deswegen bei den neuen BIs angefragt, inwieweit sie sich anteilig an den Kosten beteiligen. Im Ergebnis hat der Umweltkreis der Evangelischen Kirche Müggelheim 1.000 € für die Umfrage gespendet und zwei private Spender aus Friedrichshagen haben jeweils 500 € gespendet. Wir möchten an dieser Stelle den Spendern ganz herzlich danken.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass wir auch das Bezirksamt Treptow/Köpenick um eine finanzielle Unterstützung der Meinungsumfrage gebeten hatten. Das Bezirksamt hat uns allerdings darauf

**SO MIT UNS
NICHT**

hingewiesen, dass es sich aus rechtlichen Gründen nicht an der Finanzierung einer solchen Umfrage für private Zwecke beteiligen könnte, man bot aber an, zu prüfen, ob das BA selber die Meinungsumfrage in Auftrag geben könne. Wegen der Kürze der Zeit und aus prozesstaktischen Gründen mussten wir auf dieses Angebot verzichten. Somit bleibt es dabei, dass das Bezirksamt einerseits für 20.000 € Flugrouten-Gutachten erstellen ließ, an deren Ende die Müggelsee-Flugroute stand, andererseits aber keine Möglichkeit sieht, die gegen Nachtflug klagenden Bürger durch Mitfinanzierung von Gutachten zu unterstützen. Selber klagen kann der Stadtbezirk sowieso nicht, da man im Hauptsacheverfahren die vorbereitete Klage gar nicht erst eingereicht hatte, somit hat der ursprüngliche Planfeststellungsbeschluss vom 13.8.2004 bereits Rechtskraft gegenüber dem Stadtbezirk erlangt.

„Welchen Kandidaten, welche Partei kann man am 18. September in Berlin und in Treptow/Köpenick wählen?“

Diese Frage wird so oft wie noch nie an den BVBB und seine Vertreter gestellt. Alle Parteien sind doch für den "BBI Flughafen Schönefeld" und für den Nachtflug.

Zuerst soll man sich die Frage stellen, welche Partei, welcher Kandidat/In, auch für den Posten des Regierenden Bürgermeisters, trägt die Hauptschuld an der Durchsetzung der eklatanten Fehlentscheidung, den Flughafen in Schönefeld zu bauen. Diese Partei und diesen Kandidaten kann man dann auf keinen Fall wählen.

Im nächsten Schritt einer Entscheidung geht es nur noch um eine taktische Entscheidung. D. h., wie kann ich mit meiner Stimme für eine andere Partei, auch wenn diese für den BBI ist, dem Hauptverantwortlichen Schaden zufügen? Dies tue ich am einfachsten, wenn ich mit meiner Stimme eine andere Partei stärke.

Im Übrigen gibt es nur eine Partei, die sich ohne wenn und aber gegen den BBI in Schönefeld, für den Neubau in Sperenberg ausgesprochen hat, das sind die Freien Wähler, sie sind die wirkliche Alternative jenseits ihrer sonstigen Programmatik. Die Freien Wähler kandidieren sowohl für das Berliner Abgeordnetenhaus als auch in Treptow/Köpenick.

Ansonsten gilt: Nur die allerdümmsten Kälber, wählen ihre Schlächter selber!

Angekündigter Schallschutz versus Realität

Von der FBS und den Medien wird immer wieder betont, dass die Betroffenen großzügigen Schallschutz gewährt bekämen wie sieht die Realität aus? Abgesehen von der Tatsache, dass sowieso nur die Innenräume gedämmt werden können, die nicht mehr nutzbaren Außenwohnflächen und der Garten somit zum „Weißen Elefanten“ werden, ergibt sich aktuell folgender Stand:

Bisher haben von den ca. 16.000 anspruchsberechtigten Haushalten knapp 1.000 Schallschutzmaßnahmen erhalten. Somit steht zu befürchten, dass mit der Inbetriebnahme von BBI/BER am 3. Juni 2012 ca. 80% der anspruchsberechtigten Haushalte keinen Schallschutz haben.

Bei der Qualität des Schallschutzes wird von der FBS an allen Ecken gespart, wobei der Betroffene selbst in den meisten Fällen nicht in der Lage ist, die Sinnhaftigkeit und die Qualität der durchgeführten Maßnahmen zu überprüfen. So bestehen vonseiten des BVBB erhebliche Zweifel, dass die serienmäßig verbauten Schalldämmlüfter den allgemeinen Regeln der Technik, auch unter Berücksichtigung der Energie-Einspar-Verordnung 2009, entsprechen. Diese Zweifel werden nunmehr durch ein von uns beauftragtes Gutachten der Ingenieurgesellschaft BBP Bauconsulting mbH vom 27. Juli 2011 bestätigt. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die von der FBS vorgeschlagenen Zuluftsysteme nicht den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen. Vielmehr sei, so das Gutachten ausdrücklich, ein Zu- und Abluftsystem erforderlich, welches jeweils den Besonderheiten der betreffenden Wohnung genügen muss. Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass eine Wärmerückgewinnung erforderlich wird, um den Vorgaben § 9 EnEV 2009 zu genügen. Im Ergebnis dieses Gutachtens hat die uns vertretende Kanzlei Grawert und Schöning sowohl die FBS als auch die Planfeststellungsbehörde angeschrieben und auf deren Verantwortung in Sachen Schallschutz hingewiesen sowie um eine Überprüfung der offensichtlich technisch unzulänglichen Schalldämmmaßnahmen gebeten, bisher erhielten wir noch keine Antwort...

Achtung - ein wichtiger Termin!

Diskussionsveranstaltung der Ortsgruppe Blankenfelde-Mahlow-Diedersdorf „Blankenfelde-Mahlow hat die Wahl“

Eingeladen sind die Bürgermeisterkandidaten
Ortwin Baier (SPD)
Regina Bomke (CDU) und
Matthias Stefke (BVBB-WG)

am Freitag, den 2. September 2011 um 18.30 Uhr
im Gasthaus „Zur Eiche“, Dorfstr. 25, 15827 Blankenfelde

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name	Vorname
Straße	
PLZ	Wohnort
Geb.-Datum	Beruf
Tel. privat	Tel. dienstlich
Fax privat	Fax dienstlich
Ort / Datum	Unterschrift
	Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um
Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- u. Beitragskonto des BVBB: Volksbank Berlin - BLZ: 100 900 00 - Konto-Nr.: 7188733004

**Wir kämpfen weiter!
Helfen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird!
Spenden Sie und werden Sie
Mitglied des BVBB!**

**SO MIT UNS
NICHT**